



# AKTIVISTIN

## FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE

NETZWERK FRAUENRECHTE

AMNESTY-INFO, MAI 2013



IRAN  
ERSCHÖPFT, ABER  
NICHT GEBROCHEN -  
FRAUEN IM IRAN

SEITE 3

4

**IRAN II**  
EINE ERSCHÜTTERNDE BILANZ  
DER MENSCHENRECHTS-  
VERLETZUNGEN

12

**ITALIEN**  
MODERNES SKLAVENTUM FÜR  
ERNTEARBEITER\_INNEN AUS  
AFRIKA UND ASIEN

16

**ÄGYPTEN**  
ENDLICH WIRD SEXUELLE  
GEWALT ÖFFENTLICH  
DISKUTIERT

NETZWERK FRAUENRECHTE



**AMNESTY**  
INTERNATIONAL



## FÜR EIN LEBEN IN WÜRDE, FREIHEIT UND SICHERHEIT



NETZWERK FRAUENRECHTE

AMNESTY  
INTERNATIONAL<http://frauenrechte.amnesty.at>

frauenrechte@amnesty.at

Facebook:

ai-netzwerk frauenrechte

SPENDENKONTO:

PSK, Bankleitzahl: 60.000

Konto: 1.030.000

Verwendungszweck:

NETZWERK FRAUENRECHTE

## LIEBE UNTERSTÜTZER\_INNEN DES NETZWERKS FRAUENRECHTE!

Zuerst möchten wir uns ganz herzlich bedanken für Ihre Solidarität und Unterstützung. Wir erhielten viele unterschriebene Petitionslisten für das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper von Ihnen. Diese werden weltweit gesammelt und anschließend gemeinsam den Delegierten zur Überprüfungs-konferenz 2014 übergeben. Wir werden Sie über die globale Amnesty-Kampagne „MY BODY, MY RIGHTS“ natürlich weiter auf dem Laufenden halten.

Diese Ausgabe hat einen deutlichen Schwerpunkt - wieder einmal ist es der Iran. Am 14. Juni wird ein neuer Präsident gewählt. Mahmud Ahmadinejad darf nach zwei Amtsperioden nicht mehr antreten. In seiner Amtszeit wurden kritische Stimmen zum Verstummen gebracht, Journalist\_innen und Menschenrechtsaktivist\_innen verhaftet und schikaniert. Der Druck wurde in den letzten Monaten noch verstärkt. Unter den Kandidat\_innen für das Präsidentenamt sind auch Frauen. Ob sie tatsächlich antreten dürfen, stand zu Redaktionsschluss noch nicht fest. Das entscheidet der Wächterrat.

Während vor der Wahl 2009 Hoffnungen auf Reformen und Verbesserung der Menschenrechtssituation die Menschen beflügeln, scheint diesmal Lethargie zu herrschen. Die Anführer der „Grünen Bewegung“ von damals, die erfolglosen Kandidaten Mir Hussein Mussawi und Mehdi Karubi, stehen unter Hausarrest. Die Meinungsfreiheit wurde beschnitten. Viele Aktivist\_innen mussten fliehen.

Wir listen auf mehreren Seiten die schlimmsten Menschenrechtsverletzungen der letzten Jahre auf und haben wieder Appelle für zwei prominente zu langen Haftstrafen verurteilte Frauen vorbereitet.

Zudem möchten wir vom 10. bis 14. Juni gemeinsam mit dem Netzwerk gegen die Todesstrafe und der Amnesty-Aktionsgruppe Mediziner\_innen eine mehrtägige Aktion in Wien durchführen: „Hinter Gittern - Hundert Stunden Solidarität mit den Gewissensgefangenen im Iran“. Besuchen Sie den „Gefangenen“, informieren Sie sich und diskutieren Sie mit dem iranischen Menschenrechtsanwalt Mohammad Mostafaei. Näheres dazu auf der letzten Seite.

*Ihr Amnesty-Netzwerk Frauenrechte*

### IN AKTION



### MY BODY, MY RIGHTS. DAS RECHT ÜBER DEN EIGENEN KÖRPER SELBST ZU BESTIMMEN

Zum Internationalen Frauentag machten die Amnesty Theatergruppe Spielerai und das Netzwerk Frauenrechte, unterstützt von Aktivist\_innen der Region Wien/NÖ, am 9. März auf Menschenrechtsverletzungen an Frauen aufmerksam. In eindrucksvollen Szenen thematisierten DarstellerInnen der Spielerai

häusliche Gewalt. Mittels Lautsprecherdurchsagen wurden Passant\_innen Amnesty-Forderungen nahe gebracht: Zum Recht, über den eigenen Körper selbst bestimmen zu können, also über das Recht jedes einzelnen Menschen, selbst über Sexualität, Heirat und Fortpflanzung zu entscheiden. Am Infotisch luden wir ein, eine Petition zu sexuellen und reproduktiven Rechten und Appellbriefe zu unterschreiben.



## IRAN I

**„WIR SIND ERSCHÖPFT, ABER NICHT GEBEUGT ...**

**... oder gebrochen. Wir stehen weiterhin aufrecht, wenn auch mit verwundeten und ruhelosen Herzen“, sagte die mutige Studentin Bahareh Hedayat im Gefängnis.**

**Bahareh Hedayat**, 31, ist Studentin und Frauenrechtlerin und Mitglied der Kampagne für Gleichberechtigung. Sie verbüßte bis vor kurzem eine 10-jährige Haftstrafe nach ihrer Verhaftung am 31. Dezember 2009, inmitten der Unruhen nach den umstrittenen Präsidentschaftswahlen. Sie verbrachte 81 Tage in Einzelhaft und erduldeten einen grauenhaften Verhörprozess, bevor sie ins Evin-Gefängnis gebracht wurde. Am 16. Juli 2011 wurde ihr ein viertägiger Hafturlaub zur Begehung eines religiösen Feiertages gegen 700.000 US-Dollar Kautions gewährt. Bahareh Hedayat ist Mitglied des „Büros für die Bewahrung der Einheit“ (einer Student\_innenorganisation) und Vorsitzende von dessen Frauenkomitee sowie Mitglied der „Eine Million Unterschriften-Kampagne“ gegen Frauen diskriminierende Gesetze. Wegen ihres Einsatzes war Bahareh Hedayat vor ihrer Verhaftung 2009 bei zahlreichen Anlässen festgenommen und inhaftiert worden. Sie war für den Student\_innen-Friedenspreis 2010 nominiert worden. Sie ist verheiratet mit Amin Ahmadian, einem

politischen Aktivistin und Mitglied der „Islamischen Graduiertenvereinigung“.

Am 24. Mai 2011 wurde Bahareh Hedayat ein halbstündiges Treffen mit Verwandten von Angesicht zu Angesicht gestattet. Dies war ihre erste persönliche Begegnung mit ihren Eltern nach 13 Monaten.

Einige der Anklagen, die gegen Bahareh Hedayat erhoben wurden, beziehen sich auf einen Brief anlässlich des Studententages am 7. Dezember 2010. Diesen Brief hatte sie verfasst mit Majid Tavakkoli, einem prominenten Studentenfürher und politischen Gefangenen, und er lobte die Anstrengungen iranischer Studierender im Ausland. Der Brief fand großes Echo im und außerhalb des Iran und stieß auf großes Medieninteresse.

Im Jänner 2013 wurde ihr wegen einer medizinischen Behandlung und gegen hohe Kautions eine Haftaussetzung gewährt, allerdings mit der Auflage, sich nicht politisch zu betätigen und keine Interviews zu geben. Sie kann jederzeit wieder verhaftet werden.

**Shiva Nazar Ahari**, 27, ist Journalistin, Bloggerin und Gründungsmitglied des „Komitees der Menschenrechtsreporter\_innen“ (CHRR). Das CHRR wurde 2006 gegründet und kämpft gegen ein breites Spektrum von Menschenrechtsverletzungen, darunter solche, die Frauen, Kinder, Gefangene und Arbeiter\_innen treffen. Sie war auch Gründungsmitglied der „Gesellschaft der Tara-Frauen“, einer bürgergesellschaftlichen Organisation, die sich die rechtlich erlaubte gewaltlose Verteidigung von Frauenrechten zum Ziel gesetzt hat.

Shiva Nazar Ahari hat einen Abschluss der Islamischen Azad-Universität in Ingenieurwesen. Als sie versuchte, sich für die nationale Eingangsprüfung als Doktorandin einzuschreiben, wurde sie laut Berichten daran gehindert. Ihr wurde letztendlich wegen ihrer Arbeit als Menschenrechtlerin verboten, ihre Ausbildung fortzusetzen.

Shiva Nazar Ahari wurde am 20. Dezember

2009 verhaftet, als sie auf dem Weg zur Beisetzung von Großayatollah Montazeri war, einem hochrangigen regierungskritischen Geistlichen. Am 9. Januar 2011 verurteilte sie ein Berufungsgericht zu vier Jahren Haft im Exil in einem Gefängnis in Karaj und 74 Peitschenhieben wegen „Feindschaft gegen Gott“ und „Propaganda gegen das System“.

Shiva Nazar Ahari war vorher schon mehrfach festgenommen und inhaftiert worden. Sie verbrachte einige Zeit in einer „käfigähnlichen“ Einzelzelle, wo sie ihre Arme und Beine nicht bewegen konnte. Sie hatte eingeschränkten Zugang zu ihrer Familie und gar keinen zu ihren Anwalt\_innen.

Im März 2011 wurde Shiva Nazar Ahari der „Theodor Haecker-Preis“ der Stadt Esslingen für ihre mutige Internet-Berichterstattung über Menschenrechtsverletzungen verliehen. Im März wurde ihr Hafturlaub gewährt. Sie musste aber im April wieder zurück ins Evin-Gefängnis.



Cover: © Campaign for Equality  
Nicht gekennzeichnete Bilder:  
Amnesty International

**HELFEN SIE MIT!  
Schicken Sie die Briefe  
für die Freilassung der  
Frauen ab!**



## IRAN II

# EINE ERSCHÜTTERND LANGE LISTE VON MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN

**Diskriminierung von Frauen und Minderheiten, Todesstrafe für Minderjährige und Drogendelikte, Folter, willkürliche Verhaftungen, Unterdrückung der Meinungsfreiheit,... Die Menschenrechtslage im Iran ist weiterhin katastrophal.**



GEMÄLDE VON DELARA DARABI, HINGERICHTET 2009 NACH EINEM UNFAIREN PROZESS FÜR EINEN MORD, DEN SIE NICHT BEGING

*Zusammenfassung basierend auf dem Amnesty-Jahresbericht 2012 und Amnesty-Informationen bis April 2013*

**AUF EINEN BLICK.** Die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sind weiterhin stark eingeschränkt. Regierungskritiker\_innen, Frauenrechtlerinnen und Personen, die sich für die Rechte von Minderheiten einsetzen, sowie andere Menschenrechtsverteidiger\_innen durften nicht ins Ausland reisen, wurden willkürlich festgenommen, ohne Kontakt zur Außenwelt in Gewahrsam gehalten und nach unfairen Gerichtsverfahren inhaftiert. Folter und andere Misshandlungen an Gefangenen waren an der Tagesordnung und blieben straflos. Frauen sowie Angehörige religiöser und ethnischer Minderheiten wurden weiterhin durch die Gesetzgebung und im Alltag diskriminiert.

Mindestens 314 Personen wurden 2012 - wenigstens 360 im Jahr davor - hingerichtet, die tatsächliche Zahl dürfte jedoch sehr viel höher liegen. Einige der Hingerichteten waren zur Tatzeit noch minderjährig. Es wurden gerichtlich angeordnete Prügel- und Amputationsstrafen vollstreckt.

Die Sicherheitskräfte konnten bei ihren Operationen weiterhin mit nahezu vollkommener Straffreiheit rechnen, dies galt auch für die paramilitärischen Basij-Milizen. Wegen der rechtswidrigen Tötungen und anderer schwerer Menschenrechtsverletzungen, die während der überwiegend friedlichen Massenproteste nach den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2009 sowie in den Jahren zuvor verübt worden waren, wurde so gut wie niemand je zur Verantwortung gezogen.

Im März 2011 ernannte der UN-Menschenrechtsrat einen Sonderberichterstatter, um die Lage der Menschenrechte im Iran zu untersuchen. Die iranische Regierung verweigerte ihm jedoch die Einreise. Im Oktober 2011 befasste sich der UN-Menschenrechtsausschuss mit dem Stand der bürgerlichen und politischen Rechte im Iran. Im Dezember verabschiedete

die UN Generalversammlung eine Resolution, in der die Menschenrechtsverletzungen im Iran verurteilt wurden. Das Mandat des Sonderberichterstatters wurde vom UN-Menschenrechtsrat im März 2013 verlängert. Der Iran weigert sich weiter zu kooperieren.

Die internationalen Spannungen aufgrund des iranischen Programms zur Urananreicherung erreichten im November 2011 einen Höhepunkt, als die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) berichtete, dass der Iran möglicherweise im Geheimen Atomwaffen entwickle. Die iranische Regierung wies dies zurück. Sie bezichtigte Israel und die USA, Drahtzieher von Attentaten auf iranische Wissenschaftler zu sein, die mit dem Atomprogramm des Landes in Verbindung gebracht werden. Zu ihnen zählte der Physiker Dariush Rezaeinejad, der im Juli 2011 von einem Unbekannten in Teheran erschossen wurde. Im April 2013 kritisiert Amnesty International, dass die der Morde an Atomwissenschaftlern Angeklagten erzwungene Geständnisse im Fernsehen ablegen mussten. Als die UN Generalversammlung Anfang April 2013 ein Waffenhandelsabkommen verabschiedete, das Waffenlieferungen verbietet, wenn diese zu Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen beitragen, versuchte der Iran gemeinsam mit Syrien und Nordkorea dieses zu torpedieren.

**RECHTE AUF FREIE MEINUNGSÄUßERUNG, VEREINIGUNGS- UND VERSAMMLUNGSFREIHEIT.** Die Regierung hielt an den drastischen Einschränkungen der Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit fest, die im Zusammenhang mit den Massenprotesten im Jahr 2009 verhängt worden waren, und plante weitere Verschärfungen.

Das Parlament diskutierte immer wieder Gesetzentwürfe, die bei Inkrafttreten die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit noch stärker beschnei-

den würden. Auch die Arbeit von NGOs und politischen Parteien würde dadurch noch mehr behindert.

► Der Rechtsanwalt Mohammad Seyfzadeh musste im April 2011 eine Haftstrafe antreten. Der Rechtsanwalt Abdolfattah Soltani wurde im September inhaftiert. 2013 befinden sich die beiden Männer noch immer im Gefängnis. Sie sind Gründungsmitglieder des Zentrums für Menschenrechtsverteidiger\_innen (Centre for Human Rights Defenders), dessen Büros 2008 von der Regierung geschlossen worden waren.

► Im Dezember 2011 trat Zhila Karamzadeh-Makvandi, die der Gruppe Mütter des Laleh-Parks (Mothers of Park Laleh) angehört, eine zweijährige Haftstrafe an wegen „Gründung einer verbotenen Organisation“ und „Handlungen gegen die Staatssicherheit“. Sie ist immer noch in Haft. Die Gruppe setzt sich gegen außergerichtliche Hinrichtungen und andere schwere Menschenrechtsverletzungen ein. Die Behörden verboten Demonstrationen, die zur Unterstützung der Protestbewegungen in Tunesien und Ägypten am 14. Februar 2011 stattfinden sollten, und ordneten präventive Festnahmen an. Trotzdem kam es in Teheran, Isfahan, Kermanshah, Shiraz und weiteren Orten zu Demonstrationen, die von Sicherheitskräften gewaltsam aufgelöst wurden. Dabei kamen mindestens zwei Personen zu Tode, und zahlreiche Menschen wurden festgenommen.

Auch spätere Kundgebungen wurden mit Gewalt unterbunden.

► Die politische Aktivistin und gewaltlose politische Gefangene Haleh Sahabi starb am 1. Juni 2011, als sie das Gefängnis kurzzeitig verlassen durfte, um an der Beerdigung ihres Vaters, des bekannten Regierungskritikers Ezatollah Sahabi, teilzunehmen. Dem Vernehmen nach brach sie zusammen, nachdem sie von Sicherheitskräften geschlagen worden war.

Die Sicherheitskräfte gingen offenbar in verschiedenen Provinzen mit unverhältnismäßiger Gewalt gegen Protestkundgebungen vor.

Die Zahl der Festgenommenen ging möglicherweise in die Hunderte. In der Provinz Khuzestan wurden vor und bei Demonstrationen im April 2011 Berichten zufolge zahlreiche Angehörige der arabischen Ahwazi-Minderheit getötet.

Die Kundgebungen sollten an die Proteste im Jahr 2005 erinnern. In der Provinz Ost-Aserbaidschan wurden im April, August und September 2011 zahlreiche Umweltschützer\_innen inhaftiert, die von der Regierung Maßnahmen gegen die Austrocknung des Oroumieh-Sees forderten.

Die Regierung überwachte in den letzten Jahren weiterhin streng die Medien, verbot Zeitungen, blockierte Internetseiten und störte ausländische Satelliten-Fernsehsender. Zahlreiche Journalist\_innen, Regierungskritiker\_innen und ihre Familien, Filmemacher\_innen, Menschenrechtsverteidiger\_innen, Studierende und Akademiker\_innen wurden schikaniert, mit Reiseverboten ins Ausland belegt, willkürlich festgenommen, gefoltert und in Haft gehalten, weil sie sich kritisch gegenüber der Regierung geäußert hatten. Einige der Gefangenen, die in den vergangenen Jahren inhaftiert worden waren, wurden nach unfairen Gerichtsverfahren hingerichtet.

► Fünf Dokumentarfilmer und eine Filmproduzentin wurden im September 2011 festgenommen, nachdem sie ihre Filme an die BBC verkauft hatten. Mitte Dezember waren alle wieder auf freiem Fuß.

► Der Student Majid Tavakkoli und die Studentinnen Bahareh Hedayat und Mahdieh Golrou, die wegen ihres friedlichen studentischen Engagements und Menschenrechtsaktionen Gefängnisstrafen verbüßten, wurden zu weiteren sechs Monaten Haft verurteilt, weil sie zum Internationalen Studententag 2010 im Gefängnis

## IRAN

**Amtliche Bezeichnung:**

**Islamische Republik Iran**

**Staatsoberhaupt:**

**Ayatollah Sayed Ali Khamenei**

**Regierungschef:**

**Mahmud Ahmadinedschad**

**Todesstrafe:**

**nicht abgeschafft**

**Einwohner\_innen:**

**74,8 Mio.**

**Lebenserwartung:**

**73 Jahre**

**Kindersterblichkeit:**

**30,9 pro 1000 Lebend-**

**geburten**

**Alphabetisierungsrate:**

**85 %**

MAJID TAVAKKOLI



## IRAN. WILLKÜRliche INHAFTIERUNGEN, UNFAIRE GERICHTSVERFAHREN



WILLKÜRliche FESTNAHMEN  
UND POLIZEIGEWALT

eine gemeinsame Erklärung verfasst hatten. Majid Tavakkoli und Bahareh Hedaya sind immer noch in Haft. Madieh Golrou wurde nach 30 Monaten Haft freigelassen.

► Die Frauenrechtlerin und Journalistin Faranak Farid wurde nach ihrer Festnahme am 3. September 2011 in Täbris offenbar schwer geschlagen. Sie hatte an

Protestkundgebungen im Zusammenhang mit der Umweltkatastrophe am Oroumieh-See teilgenommen. Sie kam gegen eine hohe Kautionsfrei.

Die Repressionen gegen Blogger\_innen, Menschenrechtsverteidiger\_innen und Regierungskritiker\_innen verschärfen sich vor Wahlen noch mehr. Vor den Parlamentswahlen 2012 gab es zahlreiche Verhaftungen. Auch vor der für Juni 2013 festgesetzten Präsidentschaftswahl nimmt der Druck auf Medienleute und Blogger\_innen massiv zu.

► Im Jänner wurden mehrere Verlagsbüros gestürmt und mindestens 18 Journalist\_innen festgenommen.

### WILLKÜRliche FESTNAHMEN UND INHAFTIERUNGEN.

Sicherheitsbeamte nahmen weiterhin willkürlich Regierungskritiker\_innen und Oppositionelle fest. Die Festgenommenen blieben oft über lange Zeiträume ohne Kontakt zur Außenwelt inhaftiert. Man verweigerte ihnen die notwendige medizinische Behandlung sowie den Kontakt zu einem Rechtsbeistand und zu ihren Familien. Viele wurden gefoltert oder anderweitig misshandelt. Zahlreiche Personen wurden nach unfairen Gerichtsverfahren zu Freiheitsstrafen verurteilt. Hunderte, die in den vergangenen Jahren in unfairen Prozessen verurteilt worden waren, befinden sich noch immer im Gefängnis.

► Im Februar 2011 stellten die Behörden die Oppositionsführer Mehdi Karroubi und Mir Hossein Mussawi sowie ihre Ehefrauen ohne Haftbefehl unter Hausarrest. Die Politiker hatten für den 14. Februar zu Demonstrationen aufgerufen. Bis auf Fatemeh Karroubi, die Ehefrau von Mehdi Karroubi, befinden sich alle noch immer unter Hausarrest.

OPPOSITIONSFÜHRER MEHDI  
KARROUBI UND MIR  
HOSSEIN MUSSAWI



► Mohammad Tavassoli, der im November 2011 festgenommen wurde, war einer von mindestens fünf Mitgliedern der verbotenen Iranischen Freiheitsbewegung (Freedom Movement of Iran – FMI), die im Laufe des Jahres 2011 inhaftiert wurden. Seine Festnahme stand im Zusammenhang mit einem Brief, den 143 politische Aktivist\_innen im Oktober an den ehemaligen Präsidenten Mohammed Khatami geschickt hatten. Darin hatten sie die Befürchtung geäußert, dass die bevorstehenden Parlamentswahlen weder frei noch fair sein würden. Im Oktober 2012 wurde er zu elf Jahren Haft verurteilt. Fünf weiteren Personen wurde untersagt, den Iran zu verlassen.

► Die beiden US-Bürger Shane Bauer und Josh Fattal kamen im September 2011 nach mehr als zwei Jahren Haft gegen Zahlung einer extrem hohen Geldsumme frei und durften den Iran verlassen. Die Behörden hatten den beiden Männern Spionage vorgeworfen, nachdem sie auf einer Wanderung nahe der irakisch-iranischen Grenze irrtümlich auf iranisches Staatsgebiet geraten waren.

► Der Blogger Hossein Ronaghi Maleki - im Juli 2012 gegen hohe Kautions entlassen - und der Menschenrechtsaktivist Navid Khanjani wurden am 22. August 2012 erneut festgenommen, als iranische Sicherheitskräfte ein Nothilfeger für Erdbebenopfer in der Provinz Ost-Aserbaidschan gewaltsam auflösten. Ihnen wurde vorgeworfen, „unsaubere und unhygienische Güter verteilt“ zu haben.

**MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER\_INNEN.** Menschenrechtsverteidiger\_innen gerieten immer stärker unter Druck, dies betraf auch Rechtsanwält\_innen.

Viele wurden willkürlich festgenommen und inhaftiert oder schikaniert. Frauenrechtlerinnen, Personen, die sich für die Rechte von Minderheiten eingesetzt hatten, Gewerkschafter, Rechtsanwält\_innen und Studierende, die in den vergangenen Jahren in unfairen Prozessen verurteilt worden waren, saßen und sitzen noch immer im Gefängnis. Viele von ihnen sind gewaltlose politische Gefangene. Unabhängige Gewerkschaften bleiben weiterhin verboten,

und zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder befinden sich nach wie vor in Haft.

► Die Menschenrechtsanwältin Nasrin Sotoudeh wurde im April 2011 zu elf Jahren Haft verurteilt. Außerdem wurde gegen sie ein 20-jähriges Berufs- und Ausreiseverbot verhängt. Man hatte sie für schuldig befunden, als Strafverteidigerin „Handlungen gegen die nationale Sicherheit“ begangen zu haben. Im September setzte ein Berufungsgericht die Haftstrafe auf sechs Jahre herab und reduzierte das Berufs- und Ausreiseverbot auf zehn Jahre.

► Reza Shahabi, der Schatzmeister der unabhängigen Teheraner Busfahrer-Gewerkschaft wurde 2012 wegen „Versammlung und Verschwörung gegen die Staatssicherheit“ und „Verbreiten von Propaganda gegen das System“ zu sechs Jahren Haft verurteilt und verbüßte die Haftstrafe bisher im Evin-Gefängnis in Teheran. Der gewaltlose politische Gefangene war seit Juni 2010 inhaftiert. Er ist seit Anfang 2013 aus gesundheitlichen Gründen in Hafturlaub.

Ein weiterer gewaltloser politischer Gefangener, der Gewerkschaftsvorsitzende Mansour Ossanlu, kam im Juni 2011 für eine notwendige medizinische Behandlung unter Auflagen frei.

► Der Menschenrechtsverteidiger Kouhyar Goudarzi galt nach seiner Festnahme im Juli 2011 für einige Wochen als „verschwunden“. Später wurde bekannt, dass er im Evin-Gefängnis in Einzelhaft gehalten wurde. Im April 2012 wurde er gegen Kautionsfreilassung und floh. Behnam Parvin Mokhtare, Kouhyar Goudarzis Mutter, war einen Tag nach ihrem Sohn festgenommen worden, kam aber nach Bezahlung einer Strafe im März 2012 frei. Ganji Khaibari, der gemeinsam mit Goudarzi festgenommen und offensichtlich gefoltert worden war, beging nach seiner Freilassung Selbstmord.

► Der bekannte Menschenrechtsverteidiger Emadeddin Baghi kam im Juni 2011 frei. Er hatte zwei einjährige Haftstrafen wegen „Propaganda gegen den Staat“ verbüßt, die sich auf seinen Einsatz für die Menschenrechte und seine journalistische Arbeit bezogen. Fünf Jahre darf er sich weder politisch noch journalistisch betätigen.

► Die Menschenrechtsverteidigerin und Büroleiterin des Zentrums für Menschenrechtsverteidiger\_innen, Narges Mohammadi, musste im April 2012 ihre sechsjährige Haftstrafe im Evin-Gefängnis in Teheran antreten.

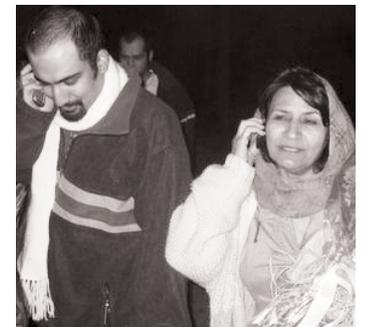
**UNFAIRE GERICHTSVERFAHREN.** Angeklagte, die aus politischen Gründen vor Gericht standen, erhielten äußerst unfaire Verfahren. Die Anklagepunkte waren dabei häufig so vage formuliert, dass sich darin keine strafbaren Handlungen erkennen ließen. Die Angeklagten hatten häufig keinen Rechtsbeistand und wurden aufgrund von „Geständnissen“ oder anderen Informationen verurteilt, die offenbar während der Untersuchungshaft unter Folter erpresst worden waren. Die Gerichte ließen diese „Geständnisse“ als Beweismittel zu, ohne zu untersuchen, wie sie zustande gekommen waren.

► Der Physiker Omid Kokabi wurde bei seiner Rückkehr von einem Studienaufenthalt in den USA im Februar 2011 auf dem Teheraner Flughafen festgenommen. Er wurde wegen „Spionage“ und anderer Vergehen angeklagt und 2012 zu zehn Jahren Haft verurteilt. Er sagte aus, während seiner Untersuchungshaft zu einem Geständnis gezwungen worden zu sein. Sein Rechtsanwalt gab an, er habe keinen Zugang zu seinem Mandanten erhalten.

► Am 29. Januar 2011 wurde Zahra Bahrami ohne Ankündigung hingerichtet, nur 27 Tage nachdem sie wegen angeblichen Drogenschmuggels zum Tode verurteilt worden war. Zahra Bahrami, die sowohl die niederländische als auch die iranische Staatsbürgerschaft besaß, war zur Zeit der Demonstrationen im Dezember 2009 festgenommen worden. Man bezichtigte sie zunächst der „Feindschaft gegen Gott“ (moharebeh), weil sie Kontakte zu einer verbotenen Oppositionsgruppe unterhalten haben soll. Allerdings war dieser Vorwurf nicht Gegenstand der Anklage während des Verfahrens. Nach Angaben ihrer Rechtsanwältin konnte gegen das Todesurteil kein Rechtsmittel eingelegt werden.



NARGES MOHAMMADI

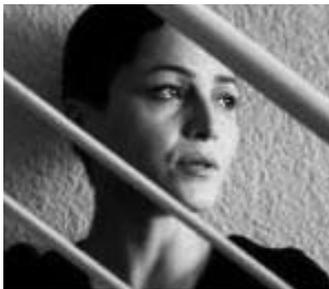


KOUHYAR GOUDARZI UND SEINE MUTTER BEHNAME PARVIN MOKHTARE

ZAHRA BAHRAMI, HINGERICHTET



## IRAN. GRAUSAME STRAFEN, FRAUEN, LGBTI



DIE SCHAUSPIELERIN MARZIEH VAFAMEHR WURDE 2011 ZU EINEM JAHR GEFÄNGNIS UND 90 PEITSCHENHIEBEN VERURTEILT WEGEN IHRER ROLLE IM FILM „MY TEHRAN FOR SALE“. DAS BERUFUNGSGERICHT REDUZIERTE DIE HAFTSTRAFE UND SETZTE DIE PRÜGELSTRAFE AUS.

**FOLTER UND ANDERE MISSHANDLUNGEN.** Folter und andere Misshandlungen während der Untersuchungshaft sind nach wie vor weit verbreitet; die Verantwortlichen bleiben straffrei. Häftlinge wurden auf die Fußsohlen und andere Körperteile geschlagen, manchmal während sie mit dem Kopf nach unten an der Decke aufgehängt waren. Es gab Berichte über Verbrennungen mit Zigaretten und mit heißen Metallgegenständen. Zu den Foltermethoden zählten auch Scheinhinrichtungen, Vergewaltigungen, teilweise durch Mitgefangene, und die Androhung von Vergewaltigung. Inhaftierte wurden in winzige, überfüllte Verschläge gesperrt und litten unter dem Entzug von Licht, Nahrung und Wasser sowie dem Fehlen medizinischer Behandlung. Berichten zufolge kamen im Jahr 2011 bis zu zwölf Menschen unter ungeklärten Umständen in Gewahrsam ums Leben. Einige von ihnen starben, weil man ihnen eine medizinische Behandlung verweigerte oder diese zu spät erfolgte. Die Todesfälle wurden nie unabhängig untersucht.

Mindestens zehn weitere Personen starben im März 2011 bei Unruhen im Gefängnis Ghezal Hesar in Karaj westlich von Teheran. Die Behörden gingen den Foltervorwürfen nicht nach. Häftlinge, die sich darüber beschwerten, gefoltert worden zu sein, waren Repressalien ausgesetzt. Die harten Haftbedingungen wurden durch die notorische Überbelegung der Gefängnisse noch verschärft.

► Im November 2012 starb der inhaftierte Blogger Sattar Beheshti im Gefängnis Kahrizak. Einer Beschwerde zufolge, die er offenbar vor seinem Tod bei den Gefängnisbehörden eingereicht hatte, wurde er geschlagen. Seine Beschwerde lässt Berichte glaubwürdig erscheinen, denen zufolge er durch Folter in der Haft starb. Die iranischen Behörden bestätigten, dass mindestens drei andere Häftlinge in der Kahrizak Haftanstalt infolge von Folter oder anderweitigen Misshandlungen starben.

► Zwischen März und Mai 2011 kamen Berichten zufolge mindestens vier Angehörige der arabischen Gemeinschaft der Ahwazi in der Provinz Khuzestan in Gewahrsam ums Leben.

► Der Journalist Issa Saharkhiz, die Aktivistin Zahra Jabbari, der Verteidiger der Rechte der

aserbaidshianischen Minderheit Sa'id Metinpour und der regierungskritische Geistliche Hossein Kazemeyni Boroujerdi waren einige der vielen politischen bzw. gewaltlosen politischen Gefangenen, die unter ernststen Gesundheitsproblemen litten und denen die notwendige medizinische Versorgung verweigert wurde. Der politische Aktivist Hoda Saber starb im Juni 2011 im Gefängnis, nachdem er aus Protest gegen den Tod der Gefangenen Haleh Sahabi in einen Hungerstreik getreten war. Mitgefangene berichteten, das Gefängnispersonal habe ihn geschlagen und ihm die notwendige medizinische Behandlung verweigert.

Zahlreiche Gefangene traten 2012 in den Hungerstreik, um gegen unmenschliche Haftbedingungen oder Schikanen gegen ihre Angehörigen zu protestieren.

**GRAUSAME, UNMENSCHLICHE UND ERNIEDRIGENDE STRAFEN.** Gerichte verhängten in den letzten Jahren weiterhin Prügel- und Amputationsstrafen, die auch vollstreckt wurden. 2011 wurden Urteile gefällt, die als Strafe Blendung vorsahen.

► Die politische Aktivistin Somayeh Tohidlou und der politisch engagierte Student Peyman Aref erhielten im September 2011 50 bzw. 74 Peitschenhiebe, nachdem sie in getrennten Verfahren wegen „Beleidigung“ von Präsident Mahmud Ahmadinejad verurteilt worden waren.

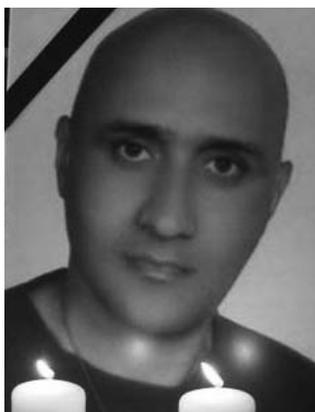
► Vier Männern, die wegen Diebstahls verurteilt worden waren, wurden Berichten zufolge vier Finger ihrer rechten Hände amputiert.

► Majid Movahedi, der 2004 ein Säureattentat auf Ameneh Bahrami verübt hatte, wurde dazu verurteilt, seinerseits durch Säure geblendet zu werden. Kurz vor der Vollstreckung des Urteils am 31. Juli 2011 in einem Krankenhaus wurde er begnadigt, da sein Opfer die Zahlung einer Entschädigung akzeptierte.

**DISKRIMINIERUNG VON FRAUEN.** Frauen sind nach wie vor Diskriminierung ausgesetzt, sowohl durch die Gesetzgebung als auch im täglichen Leben. Sie unterliegen weiterhin den staatlich verordneten Bekleidungs Vorschriften. Frauenrechtlerinnen wurden strafrechtlich verfolgt und schikaniert.

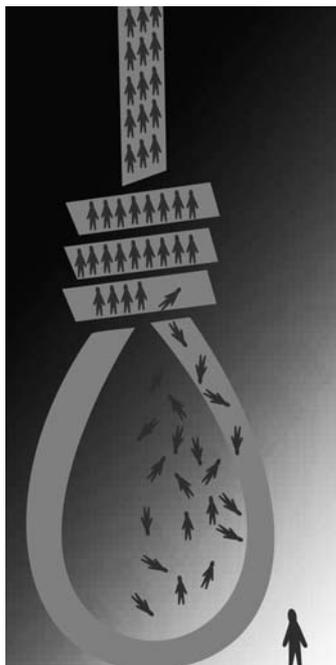
Dazu zählten auch diejenigen, die sich mit der

SATTAR BEHESHTI STARB IM GEFÄNGNIS NACH FOLTER





## IRAN. MINDERHEITEN, TODESSTRAFE



SAEED SEDEGHI, HINGERICHTET  
WEGEN EINES DROGENDELIKTS



*Amnesty International - Missionen: Amnesty International diskutierte mit iranischen Diplomaten über das fort-dauernde Einreiseverbot für Delegierte der Organisation. Der Zugang zum Land wurde jedoch weiterhin verweigert. Die iranischen Behörden antworteten nur sehr selten auf Briefe von Amnesty International.*

Personen, die vom Islam zum Christentum konvertiert waren, Anhänger der Baha'i-Glaubensgemeinschaft, oppositionelle schiitische Geistliche sowie die Gemeinschaften der Ahl-e Haqq und der Derwische. Religionsführer Ayatollah Sayed Ali Khamenei und andere Behörden riefen immer wieder zum Kampf gegen den „Unglauben“ auf – offenbar mit Blick auf evangelikale Christen, Bah'ai und Sufis. Sunnitische Muslime wurden in einigen Städten bei der öffentlichen Ausübung ihrer Religion behindert, und einige sunnitische Geistliche wurden festgenommen.

► Mindestens sieben Baha'i wurden 2011 zu Gefängnisstrafen zwischen vier und fünf Jahren verurteilt. Sie waren zusammen mit mehr als 30 weiteren Personen bei Durchsuchungen der Bildungseinrichtung Baha'i Institute for Higher Education festgenommen worden. Das Institut bietet als einzige Einrichtung ein Online-Fernstudium für Baha'i-Studierende an, da ihnen der Zugang zu Universitäten verwehrt ist.

► Leva Khanjani, Mitglied der Bahai'i, durfte nicht studieren und musste im August 2012 eine zweijährige Haftstrafe antreten wegen „Propaganda gegen das System“. Ende 2012 waren mindestens 110 Angehörige der Baha'i hinter Gittern.

► Im September und Oktober 2011 wurden in Kavar und Teheran rund 100 Gonabadi-Derwische festgenommen, die einem religiösen Orden der Sufis angehören. Auch drei ihrer Rechtsanwält\_innen und zwölf Journalist\_innen, die für die Internetseite der Derwische, Majzooban-e Noor, arbeiteten, wurden verhaftet. Die meisten von ihnen hatten keinen Zugang zu einem Rechtsbeistand oder zu ihren Familien.

► Im Jänner 2013 wurde Pastor Saeed Abedini, eine Iraner mit US-Staatsbürgerschaft, zu acht Jahren Haft verurteilt, weil er angeblich eine Untergrund-Kirche gegründet und gegen die nationale Sicherheit verstoßen habe.

**TODESSTRAFE.** Gegen Hunderte von Personen wurden Todesurteile verhängt. Mindestens 314 Menschen wurden offiziellen Angaben zufolge

2012 hingerichtet. Vertrauenswürdige Quellen sprachen allerdings von mehr als 250 weiteren Hinrichtungen. Der Iran ist nach China das Land mit den meisten Exekutionen. Viele Gefangene wurden im Geheimen hingerichtet. Bis zu 80 Prozente der Todesurteile ergingen im Zusammenhang mit angeblichen Drogendelikten und trafen meist Menschen, die in bitterer Armut lebten, sowie Angehörige marginalisierter Bevölkerungsgruppen, allen voran afghanische Staatsangehörige.

Im Januar 2011 trat ein geändertes Gesetz zur Drogenbekämpfung in Kraft. Personen, die aufgrund dieses Gesetzes zum Tode verurteilt werden, haben offenbar keine Möglichkeit, Rechtsmittel dagegen einzulegen.

Offiziellen Angaben zufolge wurden 2011 mindestens 50 Menschen öffentlich hingerichtet. Unter den Hingerichteten befanden sich 2011 mindestens drei jugendliche Straftäter, die für Vergehen verurteilt worden waren, die sie im Alter von unter 18 Jahren begangen haben sollen, 2012 ist zumindest ein Fall bekannt. Es gab keine Berichte über Steinigungen, doch drohte mindestens 15 Gefangenen weiterhin die Hinrichtung durch Steinigung. Sakineh Mohammadi Ashtiani, deren Steinigung durch internationale Proteste zwar verhindert wurde, ist aber immer noch in Gefahr ist, wegen Ehebruchs hingerichtet zu werden. Tausende Gefangene saßen in den Todeszellen. Es gibt glaubwürdige Berichte, dass es auch zu Massenexekutionen kommt.

► Saeed Sedeghi, ein wegen eines Drogendelikts zum Tode verurteilter Verkäufer, ist zusammen mit neun weiteren Männern am 22. Oktober 2012 im Iran hingerichtet worden.

► Der 21jährige Ali Naderi soll am 16. Januar 2013 im Raja'i Shahr-Gefängnis in Karaj hingerichtet worden sein. Er war für einen Mord verurteilt worden, den er als 17jähriger bei einem Einbruch begangen haben soll.

► Im Dezember 2011 erfuhr die kurdische politische Gefangene Zeynab Jalalian, dass das Todesurteil gegen sie in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt worden war.

## IRAN III

## FRAUENTAG IM EVIN-GEFÄNGNIS

**Unglaublich, aber wahr. Die politischen Gefangenen im Teheraner Evin-Gefängnis feierten den 8. März, den die iranischen Frauen in Freiheit nicht begehen durften.**

Während am 8. März 2013 iranische Frauen den Weltfrauentag öffentlich nicht begehen dürfen, feiern weibliche Gefangene im Evin Gefängnis den 8. März nach allen Regeln der Kunst.

Die „politischen“ Frauen hatten dafür mit den geringfügigen Mitteln, die ihnen zur Verfügung standen, in der Frauenabteilung einen Saal vorbereitet. Dort sieht man ein improvisiertes Poster mit dem Entwurf des Umschlags von „Das Zweite Geschlecht“, einige frische Narzissen und eine kaligraphische Tafel, die besagte: „Die Befreiung der Frauen ist denkbar“.

Es gibt feierliche Ansprachen: erste Rednerin ist eine Studentin, die seit vier Jahren schon „sitzt“. Sie spricht vom Vermächtnis der Frauenbewegung, das andere hinterlassen hätten und das „wir“ weiterzuführen haben.

Dann spricht die inhaftierte Anwältin Nasrin Sotoudeh, ihres Zeichens EU-Sacharow-Preisträgerin für Menschenrechte 2012, in absentia. Eine nur im Iran denkbare Paradoxie. Sotoudeh spricht über Gesetze, die das Regime versucht, im Parlament durchzubringen, besonders in den letzten zwei Jahren. Frauenrechte und Bewegungsradius sollen noch weiter eingengt werden. Das sogenannte Familiengesetz, das die Polygamie legalisieren will; das neue Gesetz, alleinstehenden Frauen das Reisen zu verbieten. Hoffentlich werden sie letztlich verhindern, dass das Parlament diese Einschränkungen als gültige Gesetze beschließt.

**MÜTTER IN GEFANGENSCHAFT.** Zwei politische Gefangene haben dann das Wort. Sie halten gemeinsam quasi ein Podiumsgespräch und betitelt es „Mütterliche Erfahrungen von politischen Gefangenen“. Die eine erzählt, dass schon ihre Mutter Zeit im Gefängnis verbracht hatte - in den 80er Jahren. Damals habe sie das Gefühl eines Kindes kennengelernt, dessen Mutter eine Gefangene ist. Jetzt ist sie in der Rolle der Mutter. Es sind ihre drei Töchter, die sich auf der anderen Seite der Gefängnismauer aufhalten – und sie, eine gefangene Mutter, ist drinnen.

Beide sprechen das Dilemma an, eigenen Kindern gegenüber glaubwürdig zu sein, wenn sie behaupten „Du bist mir das Allerwichtigste im Leben, mein Kind“.

Die Feier zum 8. März geht weiter, es folgen Gedichtrezitationen über gefangene Frauen, dann Ansprachen zu der vom System nicht tolerierten Institution „Mütter vom Laleh Park“ (ihre Kinder haben in Folgeereignissen der Wahlen 2009 in der Protestbewegung ihr Leben gelassen). Die „Mütter“ versammelten sich mit Kerzen und Blumen erstmals im Laleh Park (später auch in anderen Parks) und protestierten gewaltfrei.

Jila Baniyaghoub ist jetzt an der Reihe, eine sehr bekannte und mutige Journalistin, Aktivistin der „Kampagne für eine Million Unterschriften für Gleichstellung“. Sie erzählt von den Einzelheiten der Kampagne, wie sie und Gleichgesinnte von Tür zu Tür gingen und in entlegenen Ortschaften, Mädchen und Frauen darüber aufklärten, was die Kampagne bezweckt. Shiva Nazar Ahaari erinnerte an die fast 100 Jahre dauernde Bemühung der Iranerinnen, sich einzubringen und für ihre Rechte zu kämpfen. „Wir treten aber immer noch auf der Stelle“. Die Tochter des einstigen Präsidenten Haschemi Rafsanjani, Faezeh, auch inhaftiert, kommt zu Wort. Sie spricht zum Thema „Frauen und leitende Positionen“ und sagt, dass die Revolution Frauen nicht nur Einschränkungen gebracht habe, sondern unerwartete Wege eröffnet habe, die davor undenkbar gewesen waren. Sie bringt den Vorschlag, im Parlament eine Frauenquote einzuführen.

Am Schluss der „Feierstunde in Evin“ überreichen die Gefangenen Anerkennungstafeln an vier Frauen, die am längsten in Haft sind - vier Jahre, andere schon fünf Jahre. Eine der Frauen ist seit Februar 2006 im Gefängnis. Sie ist zugleich die Jüngste der Gefangenen.

Die „Feier des 8. März“ in Evin wird mit dem Lied der iranischen Frauenbewegung beendet: „Oh Frau, das gegenwärtige Leben, die Zeit der Sklaverei ist vorbei, eine andere Welt ist denkbar“.



JILA BANİYAGHOUB (OBEN)  
UND FAEZEH HASCHEMI  
RAFSANJANI

© kosoof



Quelle: [www.feministschool.com](http://www.feministschool.com)

## ITALIEN

**MODERNES SKLAVENTUM AUF ITALIENS FELDERN**

**Arbeitstage von zehn bis zwölf Stunden an sechs bis sieben Tagen pro Woche für einen Stundenlohn von drei bis vier Euro. Dies ist Realität für tausende Erntearbeiter\_innen aus Afrika und Asien, die sich in Mittel- und Süditalien in der Landwirtschaft verdingen.**

Tausende Menschen aus Nicht-EU-Ländern, insbesondere aus afrikanischen Staaten und aus Indien, arbeiten als Saisonarbeiter\_innen in der Landwirtschaft in Süditalien. Die Arbeitsverhältnisse sind prekär; die Arbeiter\_innen haben keine Chance, ihre Rechte einzufordern. Amnesty sieht einen kausalen Zusammenhang zwischen der italienischen Migrationspolitik und der Ausbeutung der Migrant\_innen.

Rosarno gilt heute als Symbol für den Aufstand von Arbeitsmigrant\_innen. Die kleine Stadt mit rund 15.000 Einwohner\_innen im süditalienischen Kalabrien inmitten von Plantagen von Zitronenfrüchten beherrschte im Jänner 2010 die Schlagzeilen der nationalen Medien und bewirkte, dass Italien die vielfach unsichtbaren Gastarbeiter\_innen in der Landwirtschaft wahrnahm. Wie die italienische Tageszeitung Corriere della Sera berichtete, schossen am 7. Jänner 2010 Jugendliche, darunter der Sohn eines Oberhaupts der kalabrischen Mafiaorganisation 'Ndrangheta, mit Luftgewehren auf afrikanische Saisonarbeiter, die gerade von der Erntearbeit zurückkehrten. Zwei Menschen wurden schwer verletzt. Dies löste eine Spirale der Gewalt aus: Hunderte Migrant\_innen marschierten durch Rosarno, um gegen die ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse und die miserablen Arbeitsbedingungen der Migrant\_innen zu protestieren. Die Kundgebung endete gewalttätig: Autos wurden in Brand gesetzt, und es kam zu Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften.

ter\_innen wurden in Flüchtlingslager in andere Landesteile gebracht und die Notlager der Migrant\_innen großteils abgerissen. Einheimische jubelten und klatschten, als die Busse mit den Migrant\_innen abfuhr. Der damalige Innenminister Maroni machte die illegale Einwanderung dafür verantwortlich und kündigte ausgedehnte Kontrollen der Arbeitsverhältnisse in der süditalienischen Landwirtschaft an. Es stellte sich heraus, dass 60 Prozent der Erntearbeiter\_innen in der Gegend von Rosarno eine gültige Aufenthaltsgenehmigung besaßen.

**NEUE GESETZE GREIFEN NICHT.** Die Vorfälle in Rosarno machten die italienische Öffentlichkeit erstmals auf die Situation der ausländischen Erntearbeiter\_innen aufmerksam. „Im Jänner 2010 habe ich in Rosarno Orangen geerntet“, berichtete Kojo, ein Erntearbeiter aus Togo. „Wir wohnten in einer stillgelegten Fabrik. Ein Sudanese war der ‚Capo dei neri‘ (‚Gangmaster‘, Arbeitskräftevermittler); er nahm uns, zirka 20 bis 25 Menschen, um fünf Uhr morgens auf das Land mit. Dafür mussten wir ihm fünf Euro pro Tag zahlen. Wir arbeiteten von sechs Uhr früh bis sechs Uhr abends, an allen Tagen der Woche, für 20 Euro am Tag. Wir durften keine Pausen machen, nicht einmal um zu essen.“ Nach den Ereignissen von Rosarno wurden Untersuchungen über die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen eingeleitet, und im April 2010 wurden 31 Menschen wegen der Verletzung der Arbeits- und Sozialgesetze angeklagt. Im Juni 2012 wurde ein Gesetz, landläufig als „Rosarno-Gesetz“ bezeichnet, verabschiedet, das härtere Strafen für die illegale Beschäftigung von Migrant\_innen, insbesondere im Falle ausbeuterischer Arbeitsbedingungen, vorsieht. Grundsätzlich werden nach diesem Gesetz auch Aufenthaltsgenehmigungen aus humanitären Gründen, zum Beispiel nach extremer Ausbeutung, erteilt, allerdings unter der Voraussetzung, dass die Arbeiter\_innen die Arbeitgeber\_innen bei den Behörden anzeigen und mit ihnen während des Strafverfahrens kooperieren. Damit wird, ist Amnesty International be-

*Bericht auf Basis der Amnesty-Berichte „Exploited Labour. Migrants Workers in Italy's Agricultural Sector“ und „We Wanted Workers but We Got Humans Instead“. Labour Exploitation of Agricultural Migrant Workers in Italy. “*

**Auf der Website des Amnesty-Netzwerks für Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte <http://gewerkschafterinnen.amnesty.at/> finden Sie eine Petition an die italienische Regierung sowie ein Aktionspaket für verfolgte Aktivist\_innen für die Arbeitsrechte**

**Für Rückfragen: [gewerkschafterInnen@amnesty.at](mailto:gewerkschafterInnen@amnesty.at)**

**MENSCHENJAGD.** Teile der lokalen Bevölkerung reagierten mit einer „Menschenjagd“, besser gesagt, „Migrant\_innenjagd“ in und rund um Rosarno. In den Folgetagen wurden zwei Migrant\_innen mit Eisenstangen geschlagen, fünf absichtlich von Autos überfahren und zwei weitere von Gewehrkugeln verletzt. In den dreitägigen Zusammenstößen wurden 67 Menschen verletzt, und 53 Menschen mussten stationär behandelt werden, darunter 21 Migrant\_innen, 14 Einwohner\_innen und 18 Angehörige der Polizei. Über 1.000 afrikanische Wanderarbei-

sorgt, die Wirksamkeit des neuen Gesetzes konkretisiert: Die italienische Regierung gab selbst zu, dass die Aufenthaltsgenehmigung für Opfer ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse nur in seltenen Fällen genehmigt werden sollte. Außerdem wurde verabsäumt, in das Gesetz auch nicht-strafrechtliche Sanktionen für Arbeitgeber\_innen illegaler Migrant\_innen aufzunehmen, wie etwa den Entzug öffentlicher Subventionen, einschließlich EU-Gelder, den Ausschluss von öffentlichen Ausschreibungen und eine Verpflichtung zur Auszahlung ausstehender Löhne an die Migrant\_innen.

Zuvor war im September 2011 das „Caporalato“-Gesetz beschlossen worden. „Caporalato“ bezeichnet das „Gangmastering“, also die weit verbreitete Praxis der Vermittlung von Migrant\_innen an die Arbeitgeber\_innen durch Mittelsmänner, die dafür einen beachtlichen Anteil des Lohnes der Arbeiter\_innen kassieren. Das „Caporalato“-Gesetz ist grundsätzlich eine positive Entwicklung. Allerdings zielt es nur auf die ausbeuterischen Mittelsmänner ab und lässt die ausbeuterischen Arbeitgeber\_innen außer Acht. Das Grundproblem bleibt bestehen. Da die illegale Einreise nach und der illegale Aufenthalt in Italien selbst einen Strafbestand darstellen, wenden sich in der Praxis illegale Migrant\_innen kaum an die Behörden, wenn sie Opfer des „Gangmastering“ wie auch ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse wurden.

2010 wurden verstärkt Kontrollen seitens des Arbeitsinspektorats durchgeführt. Offizielles Ergebnis: Von den 31.007 Arbeiter\_innen in der Landwirtschaft wären 7,4 Prozent Nicht-EUBürger\_innen, davon hätten 0,2 Prozent kein gültiges Visum. Diese Ergebnisse zeigen, wie fernab der Realität die Arbeitsinspektion zu arbeiten scheint. Beinahe keine/r der interviewten Arbeiter\_innen hatte je die Inspektor\_innen gesehen; vielmehr wurde vor Kontrollen des Arbeitsinspektorats beobachtet, wie Migrant\_innen über die Felder liefen.

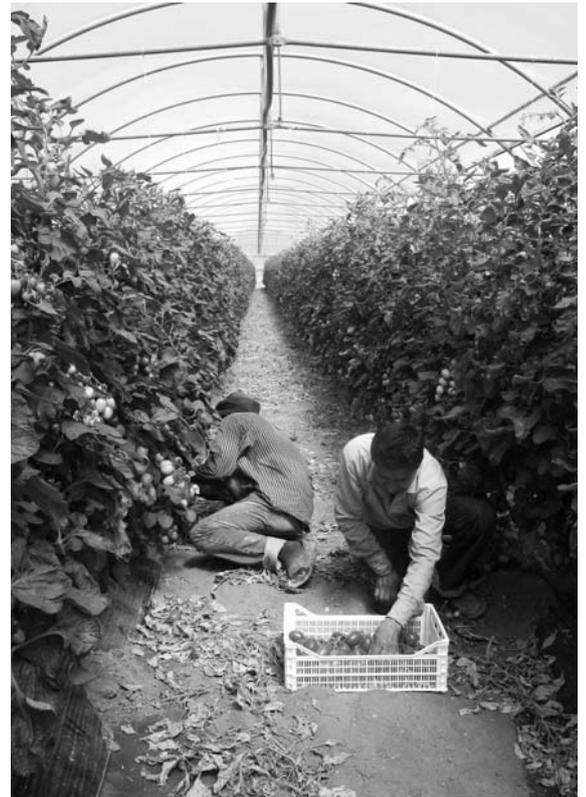
**ROSARNO HEUTE.** Zwei Jahre nach den gewaltsamen Zusammenstößen besuchte eine Amnesty-

Delegation im Februar 2012 Rosarno. Die Erntearbeiter\_innen sind zurückgekehrt; damals befanden sich mindestens 1.000 Migrant\_innen in und rund Rosarno, um Orangen zu pflücken. Sie kommen im Herbst und verlassen im Frühling nach Ende der Saison die Gegend. Rund 200 Migrant\_innen, die Opfer der Gewalt in Rosarno wurden, hatten in Folge einer Kampagne der Zivilgesellschaft eine Aufenthaltsgenehmigung aus humanitären Gründen erhalten. Kojo gehörte nicht dazu: Nach Rosarno verbrachte er sechs Monate in einem Abschiebezentrum, doch wegen der fehlenden Kooperation der Behörden in Togo konnte ihn Italien nicht abschieben. Schließlich wurde er im Juni 2010 mit einem „Foglio di via“ auf die Straße gesetzt, also der Anweisung, Italien innerhalb von fünf Tagen zu verlassen. Als ihn Amnesty-Mitarbeiter\_innen im Juli 2012 trafen, arbeitete er immer noch in der italienischen Landwirtschaft und bemühte sich um eine Aufenthaltsgenehmigung.

Die Wohnbedingungen in Rosarno hatten sich zwischenzeitlich verbessert. Die beiden gigantischen Schlafsäle in den Ruinen der stillgelegten Fabriken gab es nicht mehr, sondern dank der Beteiligung der lokalen Behörden und des Drucks der Zivilgesellschaft waren eine Zeltstadt mit 280 Plätzen und ein Schnellcontainerlager für 120 Menschen errichtet worden.

Doch diese wurden rasch zu klein, und ab Sommer 2012 fehlte angesichts der Finanzkrise den Gemeinden das Geld, die Unterkünfte zu erhalten. Appelle an die Region und die Regierung in Rom verhallten ungehört, und nach Medienberichten aus 2013 versinkt die Zeltstadt im Schlamm.

Die Arbeitsbedingungen haben sich in Rosarno nicht verbessert. Laut einer Untersuchung



MIGRANTEN BEI DER TOMATEN-ERNTEN. SIE ARBEITEN BIS ZU 12 STUNDEN TÄGLICH UM EINEM HUNGERLOHN.

## ITALIEN. MODERNES SKLAVENTUM AUF ITALIENS FELDERN

### ITALIEN MUSS HANDELN

**Migrant\_innen, insbesondere ohne regulären Aufenthaltsstatus, haben keine Chance, sich gegen die ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse zu wehren.**

**Amnesty International fordert die italienischen Behörden auf, das Recht auf faire Arbeitsbedingungen für alle Migrant\_innen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, zu gewähren. Die italienische Migrationspolitik gehört geändert, um die Migrant\_innen besser zu schützen und um die Realität am Arbeitsmarkt besser abzubilden.**

der Nichtregierungsorganisation ReteRadici vom Sommer 2012 arbeiteten die meisten der 150 interviewten afrikanischen Migrant\_innen an drei bis vier Tagen die Woche um 20 bis 25 Euro pro Tag, 90 Prozent hatten keinen Arbeitsvertrag und ein Viertel von ihnen wurde über „Gangmaster“ vermittelt.

**ITALIEN HAT VIELE „ROSARNOS“.** In zahlreichen Gegenden Süditaliens erleiden Migrant\_innen massive Ausbeutung: exzessive Kontrolle seitens der Arbeitgeber\_innen, Niedriglohn (um 40 Prozent weniger als italienische Arbeiter\_innen erhalten), Zurückhalten des Lohns, lange Arbeitszeiten. Es sind nicht ausschließlich afrikanische Migrant\_innen. In der landwirtschaftlichen Gegend rund um Latina, einer Stadt 70 Kilometer südlich von Rom, sind Migrant\_innen aus Indien, insbesondere aus dem Punjab, tätig. Amnesty International traf im Sommer 2012 einige von ihnen: Sie berichteten gleichfalls über ausbeuterische Arbeitsverhältnisse. Viele arbeiteten von Montag bis Samstag sowie Sonntag halbtags für einen Lohn von 3 bis 3,5 Euro pro Tag. Jene mit permanenter Aufenthaltsgenehmigung arbeiteten sechs Tage die Woche um einen Stundenlohn von 4 bis 5 Euro. Der zwischen Gewerkschaft und Arbeitnehmerverband vereinbarte Lohn liegt bei 8,26 Euro brutto (5,60 bis 6,60 Euro netto), und die Arbeitszeit sollte mit 6,5 Stunden pro Tag auf sechs Tage pro Woche beschränkt sein.

Viele der indischen Arbeiter\_innen hatten eine Aufenthaltsgenehmigung. Doch auch die regulären Migrant\_innen wurden von den Arbeitgeber\_innen um den Lohn geprellt. Sie erhielten weniger als am Lohnzettel stand, oder es wies umgekehrt der Lohnzettel, von dem die Sozialversicherungsbeiträge berechnet wurden, weniger Stunden auf, als sie gearbeitet hatten. „Micky“, ein Migrant aus Indien mit regulärem Aufenthaltsstatus berichtete Amnesty International: „Ich arbeite ungefähr 20 Tage im Monat, zwischen acht bis zehn Stunden pro Tag. Laut Vertrag sollte ich 1.090 Euro pro Monat erhalten, aber tatsächlich bekomme ich nur 500 bis 600 pro Monat. Das macht 4 Euro pro Stunde aus. Und davon zieht der Arbeitgeber noch 150 bis

200 Euro für Steuern und die Bereitstellung des Vertrags ab.“

### MIGRATIONSGESETZGEBUNG FÖRdert AUSBEUTERISCHE ARBEIT.

Nicht-EU-Bürger\_innen, die in Italien arbeiten wollen, dürfen nur dann einreisen, wenn sie einen Vertrag mit einer/m Arbeitgeber\_in in Italien vorweisen können. Sie benötigen also die Kooperation mit den zukünftigen Arbeitgeber\_innen. Der offizielle Prozess sieht vor, dass die Arbeitgeber\_innen bei den Behörden um Genehmigung für die Anstellung ansuchen. Dazu muss ein Entwurf des Vertrags sowie eine Garantie für eine adäquate Unterkunft und die Kostenübernahme für die Rückreise vorgelegt werden. Es wird geprüft, ob kein\_e andere\_r italienische\_r Staatsbürger\_in oder EU-Bürger\_in diesen Job will, und ob der Antrag den jährlich festgelegten Quoten für den Arbeitsmarkt entspricht. Im Falle einer positiven Entscheidung stellt die Behörde die Genehmigung („Nulla osta al lavoro“, Arbeitsgenehmigung) aus, und die Konsularbehörden in den Heimatländern gewähren das Visum. In Italien angekommen, müssen die Migrant\_innen um Aufenthaltsgenehmigung ansuchen. Dies wird für zwei Jahre gewährt.

Dieses System liefert die Arbeiter\_innen den Arbeitgeber\_innen aus. Sie verbleiben in ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen, in der Hoffnung auf die versprochenen Papiere. Sollten sich Arbeitgeber\_innen tatsächlich um die Genehmigung kümmern und auch erhalten, müssen die Migrant\_innen in ihr Heimatland zurückkehren, um dort das Einreisevisum entgegenzunehmen und dann – diesmal regulär – einreisen. 47 Prozent der Migrant\_innen in Italien, mit denen Amnesty-Mitarbeiter\_innen in den Gegenden rund um Rosarno, Caserta und Latina sprachen, hatten von ausbeuterischen Arbeitgeber\_innen falsche Versprechungen erhalten, dass sich diese um den Aufenthaltsgenehmigung oder um die Beschaffung weiterer Papiere zur Legalisierung ihres Status kümmern würden. Nicht weiter überraschend lässt dieses System den Schwarzhandel blühen. Es besteht reger Handel mit Visa und Aufenthaltsgenehmigungen.

## GUATEMALA

## „ALLEIN WERDEN WIR ES NICHT SCHAFFEN.“

**Zwei Frauen aus Guatemala erzählen von ihrem Alltag als Menschenrechtsaktivistinnen, der Umweltverschmutzung und den Konsequenzen der Freihandelsverträge multinationaler Konzerne für Frauen und Kinder.**

„LA CUERDA ist die Stimme der Feminist\_innen in Guatemala, da Frauen in den Männermedien nicht zu Wort kommen. Wir bringen Informationen über die Wirklichkeit im Land“, stellt Paula del Cid fest. Seit Ende des Bürgerkrieges vor 15 Jahren erscheint die Zeitschrift 11mal im Jahr. Ihr Ziel ist die Änderung der Gesellschaft, die Beschäftigung mit sozialen Fragen der Pflege und Erziehung und die Durchsetzung sexueller und reproduktiver Rechte.

Daraus hat sich im Laufe der Jahre auch eine politische Bewegung gebildet. Neben der Herausgabe der Zeitschrift veröffentlichen sie Kommuniqués, Studien und Bücher. Seit 2007 finden regelmäßige Treffen mit anderen NGOs der bäuerlichen und indigenen Bewegung statt. Gemeinsam setzen sie sich für die Erhaltung der Maya-Kultur und ihrer Medizin ein, sie bemühen sich, die Ausbeutung durch internationale Konzerne zu unterbinden, um die Umwelt zu schützen und so die Lebensgrundlagen der Menschen zu erhalten. Weitere zentrale Themen sind die Rechte behinderter Frauen und Frauen auf dem Arbeitsmarkt, z.B. der Hausangestellten.

**SCHNEE IN GUATEMALA.** „Wir spüren die Auswirkungen des Klimawandels sehr. Schnee im April zerstört die Ernten, Dürren und Überschwemmungen sind an der Tagesordnung.“ Natalia Atz setzt sich mit CEIBA für die Ernährungssouveränität Guatemalas ein. „Wir beraten Bauern und Bäuerinnen, wie sie mit eigenen Methoden - nicht mit ausländischem Kunstdünger - ihren Ertrag steigern können, sodass sie unabhängig von Importwaren sind. Wir forschen allgemein zu Ernährungsfragen, den Auswirkungen der Gen-Technik und des Klimawandels“, so Frau Atz. Dabei sind die Schäden, die multinationale Konzerne in Guatemala verursachen, am gravierendsten. Sie beuten die Bodenschätze des Landes aus und verschmutzen das Wasser. Durch ihre Freihandelsverträge haben sie im wahrsten

Sinne des Wortes freie Hand. Die Regierung gibt ausländischen Firmen dieselben Rechte wie inländischen, ohne ihnen auch die nötigen Pflichten aufzuerlegen. Dazu gehören Schutzbestimmungen für Natur und Umwelt genauso wie der Arbeiter\_innenschutz.

**DIE REGIERUNG SCHAUT WEG.** Aktivist\_innen, die sich gegen riskante Bergbau- und Energieprojekte stellen, werden kriminalisiert. Ein-



richtungen und Büros werden verwüstet, Arbeitsmaterial gestohlen. Wie auch CEIBA selbst im Februar dieses Jahres feststellen musste. 22 Computer verschwanden spurlos. Frauenrechtsaktivist\_innen werden von den Medien als Terrorist\_innen bezeichnet, um so dringend benötigte Spendengelder aus dem Ausland zu blockieren. „Sie bezeichnen uns als Huren, und machen so unseren Ruf kaputt. Damit wollen sie nicht zuletzt andere Frauen davon abhalten, sich uns anzuschließen“. Drohungen und sexuelle Gewalt sind an der Tagesordnung. Es geht soweit, dass die Frauen um Polizeischutz gebeten haben. „Die Unterdrücker sind jetzt unsere Aufpasser“, lachen die beiden. Dennoch können Überfälle und Entführungen nicht immer verhindert werden.

Der Völkermordprozess gegen den ehemali-

PAULA DEL CID, OBFRAU VON „LA CUERDA“, UND NATALIA ATZ SUNUC, MITARBEITERIN VON „CEIBA“, WÄHREND IHRER SOLIDARITÄTSREISE IN ÖSTERREICH

*Bitte lesen Sie weiter auf Seite 18*

## ÄGYPTEN

**SEXUELLE GEWALT GEGEN FRAUEN BEENDEN!**

**Heute kämpfen Frauen in Ägypten für das volle Spektrum ihrer Menschenrechte, um politische, kulturelle, ökonomische und soziale Rechte. Endlich kann auch das Thema der sexuellen Gewalt öffentlich thematisiert werden.**

**HELFFEN SIE MIT!**

**Schicken Sie den Brief an den ägyptischen Präsidenten ab und fordern Sie, Diskriminierung und sexuelle Gewalt zu beenden.**

Es waren schockierende Bilder, die Anfang des Jahres vom Tahrir-Platz in Kairo um die Welt gingen: während der Proteste rund um den Jahrestag der ägyptischen „Revolution des 25. Januar“ umringten dutzende, wenn nicht hunderte von Männern einzelne Frauen. Unzählige Hände rissen ihnen die Kleider und Schleier vom Körper, öffneten Hosen und begrapschten ihre Brüste und Hintern. In manchen Fällen kam es zu Vergewaltigungen. Frauenrechtsaktivistinnen und Opfer der Angriffe vermuten, dass Frauen damit von öffentlichen Plätzen fern gehalten und zum Schweigen gebracht werden sollen. Abgeordnete des ägyptischen Oberhauses gaben so-

wicklung des Landes sicherzustellen. Zudem ist bis heute kein einziger Soldat oder Polizist für Fälle von sexueller Gewalt während der Herrschaft des Obersten Militärrats von Februar 2011 bis Juni 2012 verurteilt worden. Doch die Frauen in Ägypten lassen sich nicht mehr den Mund verbieten. Mit Erfolg: Medienberichte über die Übergriffe und die politischen Reaktionen haben die ägyptische und weltweite Öffentlichkeit für das Thema sensibilisiert.

**JETZT KÄMPFEN DIE FRAUEN.** „Die Angst ist weg“, sagt Azza Suleiman. „Früher haben Frauen und Mädchen nicht über sexuelle Belästigung gesprochen. Aber jetzt tun sie es und kämpfen dagegen an.“ Die Anwältin und zweifache Mutter gibt Frauen Rechtsberatung, die Opfer von sexueller Gewalt wurden. Wie Suleiman wehren sich inzwischen viele Ägypterinnen lautstark gegen die teils brutalen Übergriffe. Heute kämpfen Frauen in Ägypten für das volle Spektrum ihrer Menschenrechte, egal ob politischer, kultureller, ökonomischer oder sozialer Natur. Endlich kann das Thema der sexuellen Gewalt öffentlich thematisiert werden!



FRAUEN BEI DEN PROTESTEN  
2011 IN KAIRO

© Sarah Carr

gar den Frauen die Schuld an den Übergriffen: „Frauen sollten sich bei Protesten nicht unter Männer mischen. Wie kann das Innenministerium die Aufgabe erfüllen, Frauen zu schützen, die inmitten einer Gruppe von Männern stehen?“, sagte Reda al-Hefnawy, Mitglied der regierenden Freiheits- und Gerechtigkeitspartei im Februar 2013.

Präsident Mursi hat die sexuelle Gewalt rund um den Tahrir-Platz bisher nicht ohne Einschränkungen verurteilt. Dabei hatte er in seinem Wahlprogramm versprochen, die Beteiligung von Frauen an der Politik und der Ent-

Jahrzehntelang wurden Frauen in Ägypten vom öffentlichen Leben weitgehend ausgeschlossen, weder in der Regierung noch in der Jurisprudenz konnten sie persönlich teilhaben, aber auch ihre Stimmen wurden nicht gehört. Auch heute – im „neuen Ägypten“ – sind sie weiter mit Diskriminierungen konfrontiert, insbesondere in Bezug auf ihren Personenstand: bei Eheschließung und Scheidung herrscht nach wie vor Ungleichheit zwischen Mann und Frau. Die Anerkennung und Verfolgung von sexueller Gewalt wird ebenso ignoriert, dies betrifft besonders die Gewalttaten im Zuge des arabischen Frühlings, aber auch jede Form von geschlechtsspezifischer Gewalt im Privat- und Berufsleben.

Präsident Mursi hat nun eine Initiative „für die Rechte und Freiheit der ägyptischen Frau“ ins Leben gerufen, allerdings sind Aktivistin-

nen von Frauenrechtsorganisationen von der Teilnahme ausgeschlossen. Wenn nun tatsächlich eine neue Ära für die ägyptische Frau eingeleitet werden soll, dann muss zuerst die politische Führung dieser tief verwurzelten Ungleichbehandlung in den eigenen Reihen ein Ende setzen, hier gilt es, keine faulen Kompromisse einzugehen, sondern den Frauen ihr volles Recht auf Gewaltfreiheit zukommen zu lassen! Dazu zählt selbstverständlich auch, Täter endlich zu verfolgen und sexuelle Gewalttaten auch als solche anzuerkennen.

Amnesty International unterstützt die Forderungen der ägyptischen Menschenrechtsorganisationen und Frauenvereine nach umfassender Gleichbehandlung im öffentlichen und privaten Leben und der Verfolgung sexueller



Straftaten und jeder anderer Form geschlechtsspezifischer Gewalt, sowohl in Form von Gesetzen, als auch in der praktischen Umsetzung. Zahlreiche Aktionen und Kampagnen sollen dieses Thema nun auf die Agenda setzen, in der Hoffnung auf ein neues geschlechtergerechtes Ägypten!

JUNGE FRAUEN NACH DER STIMMABGABE IM NOVEMBER 2011 MIT KATE ALLEN, DER DIREKTORIN VON AMNESTY GROSSBRITANNIEN

## MAROKKO: WERDEN VERGEWALTIGER ENDLICH STRAFRECHTLICH VERFOLGT?

Marokko hat bereits Reformen in Richtung Gleichbehandlung gesetzt. Nun soll eine Änderung des Strafgesetzes garantieren, dass Vergewaltiger durch Ehelichung der Opfer keine Straffreiheit erlangen und die „Familienehre“ nicht länger mehr zählt als die Rechte von Frauen.

Endlich steht eine Änderung der strafrechtlichen Bestimmungen bei Vergewaltigung zur Diskussion im marokkanischen Parlament. Bisher blieben Vergewaltiger straflos und mussten sich für ihre Tat nicht verantworten, wenn sie das Opfer ehelichten. Endlich besteht die Möglichkeit, Druck auf das Parlament auszuüben, um die Leben vieler Frauen nicht mehr zu zerstören.

Im März 2012 nahm sich die 16-jährige Amina durch Rattengift das Leben um einer Ehe mit ihrem Vergewaltiger zu entkommen. Ihr Schicksal ist in Marokko kein Einzelfall, wo sich Täter auf diese Weise dem Strafrecht entziehen können.

Der höchst umstrittene Artikel 475 des marokkanischen Strafgesetzbuchs wird somit oft missbraucht, um die „Ehre“ des Opfers und ihrer Familie zu retten, die Frauen werden gezwungen mit ihren Peinigern zu leben. Amnesty International begrüßt nun die Initiative zur Änderung, die Aminos Tod hervorgerufen hat und unterstützt mit zahlreichen zivil-

gesellschaftlichen Organisationen vor Ort dieses Anliegen. Dies kann aber nur der erste Schritt sein, da im marokkanischen Strafrecht noch viele geschlechtsspezifische Diskriminierungen vorliegen und Frauen somit nicht vor Gewalt geschützt werden.

Eheliche Vergewaltigungen werden nicht thematisiert, uneheliche Beziehungen kriminalisiert, und selbst Personen, die Frauen zu schützen versuchen, machen sich strafbar, da sich die Frau „der Autorität, der sie untersteht, entzieht“ und man sich zum Komplizen macht.

Marokko hat bereits Reformen in Richtung Gleichbehandlung gesetzt, so wurde beispielsweise das Familienrecht 2004 abgeändert, dennoch kann von Gleichbehandlung auf einem Niveau internationaler Standards nicht die Rede sein. Die formale Änderung ist nur eine Grundlage, die Ungleichbehandlung von Frauen und Gewalt gegen sie ist gesamtgesellschaftlich noch weitgehend akzeptiert. Hier ist noch viel Bewusstseinsarbeit notwendig, doch ohne rechtliche Grundlage nicht möglich.

**HELFEN SIE MIT!**  
Schicken Sie den Brief an den marokkanischen Ministerpräsidenten ab und fordern Sie eine Änderung des Strafrechts.

## GUATEMALA. ALLEIN WERDEN WIR ES NICHT SCHAFFEN

Fortsetzung von S 15

gen guatemaltekischen Diktator Efraim Rios Montt verschärft die Lage der Aktivist\_innen noch. Die politische Rechte im Land leugnet den Genozid an der Maya-Bevölkerung vollständig, klagt nun aber ihrerseits Frauenrechts- und Umweltaktivist\_innen als Kriegsverbrecher an und rechtfertigt so Massenverhaftungen.

**DAUERBRENNER ZWANGSRÄUMUNGEN.** Natalia berichtet von einem ihr bekannten Fall von vor zwei Jahren. Damals wurden die Häuser und Ernten von 600 Familien verbrannt, um so Platz für eine neue Ölpalmenplantage eines Großgrundbesitzers zu schaffen (Palmöl wird international als alternative Energieform gepriesen). Die Räumung wurde nicht angekündigt, und es kam dabei zu gewaltsamen Übergriffen und Vergewaltigungen, sogar schwangerer Frauen.

Ölpalmen liefern keine saubere Energie. Sie sind mit Blut und politischer Verfolgung erkauf.

Natalia Atz und Paula del Cid haben die weite

Reise nach Österreich im Namen von 30 verschiedenen NGOs unternommen, die alle ähnliche Ziele verfolgen. Sie möchten die allgemeine Medienblockade in Guatemala durchbrechen, sie möchten informieren und sich mit anderen Organisationen vernetzen. Sie suchen nach Unterstützung, Austausch und Solidarität. Denn isolierte Aktionen bringen nichts. Das europäische Konsumverhalten müsse sich ändern, vor allem im Energiebereich. Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit müssen eine größere Rolle spielen, als sie das bisher tun. Wirtschaftsabkommen und Freihandelsverträge müssen ebenso wie das guatemaltekische Justizsystem schärfer überwacht werden. Dies sind die zentralen Forderungen der Aktivist\_innen an die internationale Staatengemeinschaft.

Weitere Informationen finden Sie unter:  
[www.lacuerdaguatemala.org](http://www.lacuerdaguatemala.org) und  
[www.ceibaguatemala.org](http://www.ceibaguatemala.org)

Mit den Aktivistinnen sprach Corina Jakob,  
Sprecherin des Amnesty-Netzwerks Frauenrechte

## ÜBER 70.000 UNTERSCHRIFTEN FÜR EUROPÄISCHE SOLIDARITÄTSKAMPAGNE S.O.S. EUROPA

Tausende Menschen flüchten jährlich über das Mittelmeer nach Europa aus Angst vor Haft, Misshandlung und Folter, oder weil in ihrer Heimat Krieg herrscht oder ihnen kein Leben in Würde möglich ist. Viele erreichen ihr Ziel nicht. Mindestens 1500



Männer, Frauen und Kinder sind im Jahr 2011 auf ihrer Flucht nach Europa im Mittelmeer ertrunken.

Die EU-Mitgliedsstaaten haben in den letzten Jahren vermehrt Maßnahmen zur Grenzkontrolle ergriffen. Beispielsweise werden

Flüchtlingsboote abgefangen und zurückgedrängt oder Rücknahmeübereinkommen mit Ländern, in denen Menschenrechte verletzt werden, abgeschlossen. Dadurch sind Flüchtlinge und MigrantInnen schwerwiegenden Gefährdungen ausgesetzt. Es hat den Anschein, dass der Grenzschutz für Europa wichtiger geworden ist als die Rettung von Menschenleben.

4300 AktivistInnen haben deshalb in den letzten Wochen einen S.O.S.-Ruf an die Verantwortlichen im Europäischen Parlament gerichtet; entweder online oder offline per Unterschrift auf unseren Petitionslisten. Wir bedanken uns an dieser Stelle bei allen, die sich so für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen eingesetzt haben! Europaweit konnten durch unseren Einsatz 70.141 Unterschriften gesammelt werden.

Diese wurden am 24. April 2013 in Brüssel in einer großen Flasche ähnlich einer Flaschenpost den Abgeordneten des Europäischen Parlaments übergeben. Das Video „S.O.S. Europa - When you don't exist“, das aus Beiträgen aus 13 Ländern besteht, darunter auch ein österreichischer, wurde bei der Übergabe der Unterschriften auf einer großen Leinwand gezeigt, während das nachgestellte Amnesty International-Flüchtlingsboot in Brüssel einlief.

Head of the Judiciary  
Ayatollah Sadegh Larijani  
(care of) Public Relations Office  
Number 4, 2 Azizi Street  
Vali Asr Avenue/  
above Pasteur Street Intersection  
Tehran  
Iran

Exzellenz,

Bahareh Hedayat wurde 2009 verhaftet, musste Folter und Einzelhaft erdulden. Auch nach zweiter Berufung hält das Gericht an einer zehnjährigen Haftstrafe fest. Aufgrund ihrer friedlichen Arbeit für die Kampagne „Eine-Million Unterschriften“ und Inanspruchnahme des Rechts auf freie Meinungsäußerung wurde sie in ihrem Land verfolgt und inhaftiert.

DESHALB FORDERE ICH:

- ihre bedingungslose Freilassung, da sie derzeit nur gegen Kautions und unter Auflagen in Freiheit ist.
- eine sofortige, gründliche und unparteiische Untersuchung der Vorwürfe, wegen derer sie angeklagt wurde.
- Einhalten der UN-Menschenrechtserklärung Artikel 12 (2), der Verfolgung und Einschüchterung von Menschenrechtsverteidiger\_innen verbietet.

Hochachtungsvoll,



Head of the Judiciary  
Ayatollah Sadegh Larijani  
(care of) Public Relations Office  
Number 4, 2 Azizi Street  
Vali Asr Avenue/  
above Pasteur Street Intersection  
Tehran  
Iran

Exzellenz,

Shiva Nazar Ahari ist seit September 2012 im Gefängnis und zu einer vierjährigen Haftstrafe verurteilt. Die Anklagepunkte „Mitglied in einer illegalen Organisation, Zusammenkünfte und Konspiration gegen die Staatssicherheit und das System“ sind haltlos.

DESHALB FORDERE ICH:

- ihre sofortige und bedingungslose Freilassung.
- eine sofortige, gründliche und unparteiische Untersuchung der Vorwürfe, wegen derer sie angeklagt wurde.
- Einhalten der UN-Menschenrechtserklärung Artikel 12 (2), der Verfolgung und Einschüchterung von Menschenrechtsverteidiger\_innen verbietet.

Hochachtungsvoll,

Sehr geehrter Herr Minister!

Ich fordere die somalischen Behörden auf, das Urteil gegen Abdiaziz Abdnur Ibrahim sowie gegen die von Sicherheitskräften vergewaltigte Frau aufzuheben und den Journalisten unverzüglich aus der Haft zu entlassen.

Ich möchte Sie eindringlich bitten, Abdiaziz Abdnur Ibrahim bis zu seiner Freilassung Zugang zu seinem Rechtsbeistand, medizinischer Behandlung sowie zu seiner Familie zu gewähren.

Hochachtungsvoll,

Office of the President  
Presidential Palace  
Heliopolis  
Cairo  
Ägypten

Dear President Morsi,

I call on you to combat the sexual violence and discrimination that prevents women from claiming their rights.

Condemn all forms of sexual and gender-based violence and harassment, without reservation.

- Order full, impartial and independent investigations into sexual and gender-based violence and ensure the perpetrators are brought to justice in fair trials.
- Implement a comprehensive plan to eradicate sexual violence and harassment against women.
- End discrimination against women in law and practice, and introduce new legislation to tackle gender-based violence, including domestic violence, marital rape and sexual harassment.

Respectfully,

Sehr geehrter Herr Präsident Morsi!

Mit diesem Schreiben möchte ich an Sie appellieren, sexuelle Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, ebenso wie Diskriminierung, die Frauen davon abhält, ihre Rechte einzufordern:

- Verurteilen Sie ohne Vorbehalte jede Form der sexuellen Gewalt und Belästigung,
- Weisen Sie objektive, unabhängige und unparteiische Untersuchungen bei sexueller Gewalt an und stellen Sie sicher, dass die Täter vor unabhängige Gerichte gebracht werden.
- Sorgen Sie für einen umfassenden Plan, um sexueller Gewalt und Belästigung gegenüber Frauen ein Ende zu setzen.
- Beenden Sie die Diskriminierung gegenüber Frauen in der Gesetzgebung sowie in der praktischen Umsetzung, um sexuelle Gewalt inklusive häusliche Gewalt, Vergewaltigung in der Ehe und sexuelle Belästigung zu bekämpfen.

Hochachtungsvoll,

Prime Minister Abdelilah Benkirane  
Department of the Prime Minister  
The Royal Palace  
Touarga  
Rabat  
Marokko

Your Excellency,

In line with the provision of Morocco's constitution which guarantees equality between men and women, I call on you to ensure that Article 475 of the Penal Code is amended so that perpetrators of rape don't escape accountability by marrying the women they attacked.

I also call on you to ensure that the law is amended in line with international human rights standards and particularly that the severity of the punishment does not depend on whether or not the rape survivor was a virgin prior to the assault.

I also ask you to amend all other articles in Morocco's Penal Code to remove discrimination against women and ensure they comply with international human rights law and standards.

These articles include:

- Article 486 and its definition of rape which does not reflect international law and standards;
- Article 487 which does not recognize marital rape as a specific offence;
- Article 488 which distinguishes between victims of rape on the basis of whether or not they were virgins;
- Article 490 which criminalizes consensual sexual relations between unmarried people;
- Article 494 which fails to protect all adults from abduction, whatever their gender or marital status;
- Article 496 which criminalises hiding a married woman "evading the authority to which she is legally subjected" putting shelters that offer protection for women escaping domestic violence at risk.

I also urge you to take all necessary measures to ensure that discrimination and violence against women is eliminated in practice, in compliance with Article 5 of the UN Convention on the Elimination of all forms of Discrimination against Women (CEDAW). This should include adequate training of the police and judiciary to ensure rape survivors' access to justice, and to focus on protecting rape survivors themselves rather than 'honour'.

Respectfully,

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Benkirane!

Gemäß den Bestimmungen der marokkanischen Verfassung, welche Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen garantiert, appelliere ich an Sie, Artikel 475 des Strafgesetzbuches dahingehend abzuändern, dass Vergewaltiger durch Ehelichung der Opfer keine Straffreiheit erlangen.

Weiters appelliere ich an Sie, das Gesetz gemäß internationalen Menschenrechtsstandards dahingehend anzupassen, dass das Strafausmaß nicht von der Jungfräulichkeit des Opfers abhängig gemacht wird.

Ich fordere Sie außerdem auf, alle Artikel des marokkanischen Strafgesetzbuches auf Diskriminierung gegenüber Frauen zu überprüfen und sicherzustellen, dass die Artikel im Strafgesetzbuch internationalen Menschenrechtsstandards entsprechen. Konkret handelt es sich dabei um folgende Artikel:

Artikel 486 und die Definition von Vergewaltigung, welche nicht internationalen Gesetzen und Standards entspricht.

Artikel 487 welcher Vergewaltigung in der Ehe nicht als eigenen Tatbestand behandelt.

Artikel 488 welcher unterscheidet, ob das Vergewaltigungsopfer Jungfrau war oder nicht.

Artikel 490 welcher einvernehmlichen Geschlechtsverkehr zwischen Unverheirateten kriminalisiert.

Artikel 494 welcher Erwachsene nicht ungeachtet ihres Geschlechts oder Familienstandes vor einer Entführung schützt.

Artikel 496 welcher das in Schutz nehmen einer verheirateten Frau, die vor häuslicher Gewalt flüchtet, kriminalisiert „um einem Bevollmächtigten zu hintergehen, zu dem sie gesetzmäßig gehört“

Ich ersuche Sie auch dringend sicherzustellen, Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen in der Praxis zu bekämpfen, so wie es Artikel 5 des UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) verlangt. Weiters sollte auch eine entsprechende Ausbildung von Polizeikräften und JustizbeamtlInnen sichergestellt werden, um vor allem Vergewaltigungsopfer zu schützen anstatt eine „Ehre“ zu verteidigen.

Hochachtungsvoll,

## RUSSLAND

## PRÄSIDENT PUTINS HEXENJAGD

**Der Protestwelle, die durch die Duma-Wahl und die Amtsübergabe von Medvedev an Putin ausgelöst wurde, folgten zahlreiche Einschränkungen der Freiheitsrechte.**

Die systematische Unterwanderung des Rechts auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist das Markenzeichen der „Menschenrechtspolitik“ von Wladimir Putin nach seinem ersten Jahr in der dritten Amtsperiode als russischer Präsident. Das stellt Amnesty International in einem Bericht fest, der im April in Moskau veröffentlicht wurde.

Erst vor einem Monat machte Russland von sich reden, weil Büros von ausländischen NGOs durchsucht wurden. Das passierte im Zuge einer Welle von Inspektionen bei Nichtregierungsorganisationen – mehr als 200 seit Beginn des Jahres in 50 Regionen, die auf die bekanntesten Menschenrechtsgruppen in Russland abzielte. Nach einem Gesetz, das im vergangenen Jahr verabschiedet wurde, müssen sich Organisationen in Russland, die politisch tätig sind und Geld aus dem Ausland erhalten, als „ausländische Agenten“ registrieren lassen. Von diesem Gesetz ist Amnesty International nicht betroffen, das Amnesty-Büro in Moskau wurde jedoch auch inspiziert.

**MIT GESETZEN GEGEN MENSCHENRECHTE.** Nur ein Beispiel von vielen für Putins Durchgreifen gegenüber kritischen Geistern: Der Protestwelle, die durch die Duma-Wahl und die Amtsübergabe von Medvedev an Putin ausgelöst wurde, folgten zahlreiche Einschränkungen der Freiheitsrechte. Zwei neue Gesetze mit insgesamt 11 Erweiterungen ermöglichen dieses harte Durchgreifen gegenüber Kritiker\_innen und Demonstrierenden.

„Die jüngsten Gesetzesinitiativen haben das offizielle Ziel, die öffentliche Ordnung und die Bürgerrechte zu garantieren. Das Gegenteil ist der Fall: Im letzten Jahr wurden prominente Regierungskritiker\_innen, Stimmen der Opposition genauso wie einfache Demonstrierende in ihren Rechten beschnitten und förmlich mundtot gemacht“, sagt Heinz Patzelt, der Generalsekretär von Amnesty Österreich. Eine im Juni 2012 verabschiedete Erweiterung des Bundesgesetzes, welches Versammlungen regelt, beinhaltet schwer zu erfüllende Zulas-



sungsaufgaben und höhere Strafen bei Verstößen, die als Verwaltungsdelikte gelten. Für die Organisator\_innen von Versammlungen bedeutet das zusätzliche Verantwortung und Haftung für Aktionen der Teilnehmenden. Zusätzlich wurden Demonstrationen routinemäßig verboten oder gesetzeswidrig aufgelöst.

Die Polizei agiert häufig mit extremer Gewalt, Menschen werden willkürlich verhaftet - wie bei den Demonstrationen auf dem Pushkinskaya oder dem Lubianskaya Platz im März 2012, dem Protest auf dem Bolotnaya Platz im Mai 2012, den Aktionen der Bewegung „Strategie 31“ oder den Volksmärschen, die auch im Mai des vergangenen Jahres stattfanden. „Kurz nach seiner Amtseinführung hatte Präsident Putin noch angekündigt, dass er eine größere Beteiligung der Bürger im öffentlichen Leben wünsche. Jetzt ist er aber verantwortlich für eine Politik, die eher an eine Hexenjagd auf alle kritischen und abweichenden Stimmen erinnert. Die Zivilgesellschaft wird erstickt und isoliert - diesmal nicht hinter einem eisernen Vorhang, sondern durch Gesetze“, warnt Heinz Patzelt.

*Der Amnesty-Bericht „Freedom under threat: The clampdown on freedom of expression, assembly and association in Russia“ analysiert Gesetzgebung und Einzelfälle, bei denen die neuen Gesetze angewandt wurden und zeigt Russlands völkerrechtliche Verpflichtungen auf. Zu finden auf [www.amnesty.org/library](http://www.amnesty.org/library)*

DIE POLIZEI AGIERT HÄUFIG MIT EXTREMER GEWALT.

## HINTER GITTERN - 100 STUNDEN SOLIDARITÄT MIT GEWISSENSGEFANGENEN IM IRAN



Am 14. Juni 2013 stehen im Iran erneut Präsidentenwahlen an. Anlässlich dieses Termins rufen das Netzwerk Frauenrechte und das Netzwerk gegen die Todesstrafe zu der Aktion „Hinter Gittern“ auf!

### Hinter Gittern

**Ort:** 1070 Wien, Mariahilferstraße beim Museumsquartier  
**Zeit:** Montag, 10.06.2013 - Freitag, 14.06.2013  
 Das genaue Programm finden Sie ab Ende Mai auf <http://frauenrechte.amnesty.at>

In fast keinem anderen Land gibt es so viele Geschlechtsumwandlungen wie im Iran. Trotzdem werden viele Transfrauen und Transmänner von ihren Familien verstoßen und in der Gesellschaft sanktioniert.

Der Verein ORQOA (Oriental Queer Organisation Austria) und die Antidiskriminierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen der Stadt Wien laden dazu zu einer einwöchigen Informationsreihe ein.

Das Programm umfasst eine Ausstellung der iranischen Fotokünstlerin **Asoo Khan Mohammadi**, Filmabende und eine Podiumsdiskussion zum Thema LGBTI-Migration und Flüchtlingspolitik.



Ein Aktivist wird auf offener Straße „verhaftet und in einen Käfig gesperrt“. Die „Befreiung aus dem Gefängnis“ wird nach 100 Stunden auffällig inszeniert.

Während seiner „Gefangenschaft“ werden die Passant\_innen über die Menschenrechtslage im Iran informiert, können Petitionen unterschreiben und Kraniche falten, die später der iranischen Botschaft überreicht werden.

Die Aktion wird begleitet von einem interessanten Rahmenprogramm, das sich den Themen Frauenrechtsaktivistinnen im Iran, Folter und ihre Folgen und Todesstrafe widmet.

Der bekannte iranische Menschenrechtsanwalt, der im norwegischen Exil lebende **Mohammad Mostafaei**, wird im Rahmen unserer Aktion von seinen Erfahrungen berichten. Mohammad Mostafaei hat zahlreiche zum Tode verurteilte Minderjährige verteidigt und auch die wegen Ehebruchs zur Steinigung verurteilte Sakhine Mohammadi Ashtiani.



Wir laden Sie ein, uns „Hinter Gittern“ zu besuchen und freuen uns auf Ihr Erscheinen bei den einzelnen Veranstaltungen unserer Aktion und hoffen auf Ihre Unterstützung für die Menschen/ Frauenrechte im Iran.

(Foto links: Hinter Gittern-Aktion 2011)

### Veranstaltungsreihe: **DAS KÜNSTLICHE GESCHLECHT** Die anderen Versionen der Gender-Politik am Beispiel Iran

Sa., 25. Mai 2013, 18:00

**Vernissage und Eröffnung, Performance mit Gin Müller**

So., 26. Mai 2013, 14:00-18:00

**Ausstellung (täglich bis 30. Mai 2013)**

Mo., 27. Mai 2013, 19:00

**Podiumsdiskussion LGBTIQ Flüchtlinge in Österreich**

Di., 28. Mai 2013, 19:00

**FILM: „The invisible Man“, Regie: Yariv Moser**

**LGBTI-Flüchtlingswesen in Israel**

Mi., 29. Mai 2013, 19:00

**FILM: „About trans activists in Turkey“ von Gabrielle Le Roux**

**Podiumsdiskussion: Die Antwort der türkischen**

**Zivilgesellschaft auf Transsexualität**

Do., 30. Mai 2013, 18:00

**FILM: „Circumstances“, Regie: Maryam Keshavarz**

**Podiumsdiskussion: Die anderen Frauen Irans**

**25. BIS 31. MAI. BRICK-5, FÜNFHAUSERGASSE 5, 1150 WIEN**

Nähere Information: ORQOA - Queer Oriental Organisation Austria: [office@orqoa.at](mailto:office@orqoa.at), [www.orqoa.at](http://www.orqoa.at)